

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Alexander Spies (PIRATEN)

vom 28. Mai 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Mai 2013) und **Antwort**

Kosten der Unterkunft: Wohnsituation und -kosten von SGB-II-Leistungsbezieher_innen im ersten Quartal 2013

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele „Bedarfsgemeinschaften“ nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II gab es im ersten Quartal 2013 und wie viele erhielten KdU-Leistungen (bitte nach Monaten aufschlüsseln)?

Zu 1.: Nach Angaben des Statistik-Service Ost der Bundesagentur für Arbeit erhielten im Januar 2013 316.749 Bedarfsgemeinschaften Leistungen nach dem SGB II. 304.448 Bedarfsgemeinschaften erhielten im Januar Leistungen der Kosten der Unterkunft und Heizung. Davon lagen 226.527 Fälle unter der Richtwertobergrenze und 69.800 über der Richtwertobergrenze. Aktuellere Daten liegen derzeit nicht vor.

2. Wie viele „Bedarfsgemeinschaften“ nach dem SGB II zahlten im ersten Quartal 2013 Mieten, die unter/über den Richtwerten der Wohnaufwendungsverordnung (WAV) lagen (bitte nach Jobcentern aufschlüsseln)?

3. Wie viele SGB-II-Leistungsbezieher_innen zahlten im ersten Quartal 2013 Mieten, die unter/über den Richtwerten der WAV lagen (bitte nach Jobcentern aufschlüsseln)?

4. Wie viele SGB-II-„Bedarfsgemeinschaften“ sind im ersten Quartal 2013 durch die Jobcenter aufgefordert worden, ihre Kosten der Unterkunft zu senken (bitte nach Jobcentern aufschlüsseln)?

5. Wie viele SGB-II-„Bedarfsgemeinschaften“ erhielten im ersten Quartal 2013 eine „Kostensenkungsentcheidung“ durch:

- Untervermietung,
- Zuzahlung aus nicht-anrechenbarem Einkommen oder Vermögen,
- Mietsenkung des Vermieters,
- Umzug bzw.

e. Festsetzung der Kosten der Unterkunft (bitte nach Kriterien und Jobcentern aufschlüsseln)?

6. Bei wie vielen SGB-II-„Bedarfsgemeinschaften“ wurde im ersten Quartal 2013 auf eine „Kostensenkung“ verzichtet, weil sie unter folgende Kriterien fielen:

- anerkannte Härtefälle,
- anerkannte Ausschlussstatbestände,
- Verzicht auf Umzug wegen Wirtschaftlichkeitstatbeständen,
- Einmalzahlungen, wenn dadurch nicht dauerhaft über den Richtwerten,
- konkreter Angemessenheit bei nachgewiesener ergebnisloser Wohnungssuche bzw.
- Überschreitung der Nichtprüfungsgrenze, weil angemessen gem. Tabelle A/B der Anlage 2 zur WAV (bitte nach Kriterien und Jobcentern aufschlüsseln)?

Zu 2. bis 6.: Wie auch in der KA 17/11040 mitgeteilt, wird aus den übermittelten Daten der Berliner Bezirke eine gesamtstädtische Übersicht gefertigt, die bis einschließlich März 2013 folgendes Bild ergibt.

Überprüfte Fälle:	46.537
Davon unter Nichtprüfungsgrenze:	33.149
Davon über Nichtprüfungsgrenze:	13.388
Entscheidungen insgesamt:	9.431
Davon ohne Kostensenkungen:	6.784
Davon mit Kostensenkungen:	2.647
Umzüge in 2013 bis März:	58

Die von Ihnen darüber hinaus erbetene Datenzusammenstellung könnte nur durch einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erstellt werden.

7. In der 20. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25. Februar 2013 hat Sozialstaatssekretär Michael Büge auf Anfrage der Piratenfraktion nach einer monatlichen Veröffentlichung der im Rahmen des Fachcontrollings zu den Kosten der Unterkunft erhobenen Daten gesagt, dass er dies im Rahmen von Stadträtesitzungen thematisieren wolle. Ist dies mittlerweile geschehen und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, bis wann soll dies geschehen? Ist ein Beteiligungsverfahren des Rats der Bürgermeister diesbezüglich eröffnet worden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Ist eine Veröffentlichung mittlerweile geplant? Wenn ja, bis wann?

Zu 7.: Bisher war es zeitlich nicht möglich, das Thema in der Stadträte-Sitzung anzusprechen. Da Herr Staatssekretär Büge zum 30. Juni 2013 aus seinem Amt als Staatssekretär für Soziales ausscheidet, obliegt es der Nachfolgerin oder dem Nachfolger, eine Zeitschiene abzustimmen und das Beteiligungsverfahren zu definieren.

8. An der Beantwortung welcher Fragen dieser Kleinen Anfrage waren welche Senatsverwaltungen, welche Abteilungen und welche weiteren Stellen jeweils beteiligt?

Zu 8.: Die Beantwortung dieser Kleinen Anfrage lag ausschließlich in der Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.

Berlin, den 25. Juni 2013

Mario C z a j a

Senator für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. Jul. 2013)